

Schutzschirmvorgabe erfüllt

Gestern Abend: Haushaltssatzung 2015 der Gemeinde Brachtal eingebracht

Brachtal (erd). Die Gemeinde Brachtal wird auch im Haushaltsentwurf für 2015 mit einem Fehlbetrag von rund 267 000 Euro im Ergebnishaushalt leben müssen. Damit werden mit Mühe die Schutzschirmvereinbarungen bis auf 5 600 Euro, die innerhalb der Toleranz liegen, eingehalten. Erkauft wird dies aber über eine Erhöhung der Grundsteuer B von 360 auf 500 Prozent. Eine Senkung der Müllgebühren soll im Gegenzug die Bürger entlasten.

Bürgermeister Christoph Stürz erläuterte in seiner Einbringungsrede das ganze Dilemma der Brachtaler Haushaltsplanung. So habe der Fehlbetrag noch im ersten Haushaltsentwurf etwa 300 000 Euro über der Schutzschirmvereinbarung gelegen. Gründe dafür gibt es einige: So sei nach dem Alsfelder Urteil zwar der kommunale Finanzausgleich neu geregelt worden, doch den

Kommunen würden weiter 400 Millionen Euro im Jahr vor-enthalten. Nach der Neuordnung erhalte Brachtal sogar 100 000 Euro weniger als zuvor. Für Stürz ist dies ein „Rechtsbruch“. Durch die Verschlechterung der Orientierungsdaten werde es noch schwerer, die Konsolidierungsvorgaben zu erfüllen.

Aber es gebe auch „hausgemachte“ Gründe. So verzögere sich der Bau der Windkraftanlagen. Frühestens im letzten Quartal seien Einnahmen möglich. Der Einnahmeausfall beträgt mindestens 60 000 Euro.

Die Friedhofssatzung sei wegen des Ausfalls der Mitarbeiterin liegengeblieben. Die Folge: Es fehlen 30 000 Euro. Und bei den Geschwindigkeitsmessanlagen waren 50 000 Euro eingeplant. Doch nachdem ein Anbieter gegen die Ausschreibung geklagt hatte, musste neu ausgeschrieben werden. Das kostet Zeit und bares Geld. In Kürze sollen die Anlagen

aufgestellt werden. Extrem schwierig sei zudem die Kostenkalkulation bei der Kinderbetreuung. Immer höhere Auflagen, KiföG und das Aushebeln des Konnexitätsprinzips sorgen für eine Unterdeckung von rund 900 000 Euro.

Das Regierungspräsidium mache es sich einfach, empfehle die Erhöhung der Grundsteuer B. Die Gemeinde habe aber den Haushaltsentwurf gründlich überarbeitet und eine Verbesserung von etwa 120 000 Euro erzielt. Doch damit sei der Haushalt noch immer nicht genehmigungsfähig. Deshalb bleibe der Gemeinde nur die Anhebung der Grundsteuern A und B von 360 auf 500 Prozent. Da die Mehrbelastung der Bürger nicht gewollt sei, soll nun die Rücklage beim Müll innerhalb eines Jahres abgebaut werden, um für einen Ausgleich zu sorgen. Dieser Trick, der eine Einnahmeverbesserung von 190 000 Euro bedeutet, funktioniert allerdings nur

ein einziges Mal. Im kommenden Jahr müssen dann die ausgebliebenen Einnahmen fließen, sonst wird es für die Bürger teuer. Für die folgenden Jahre lägen die Planungen innerhalb der Schutzschirmvorgaben.

Sorgen bereiten die hohen Kassenkredite und die niedrigen Deckungsgrade bei der Kinderbetreuung, wo in der Folge Gebührenerhöhungen drohen.

Trotz anhaltender Finanzmisere wird die Gemeinde in überschaubarem Umfang investieren. 358 500 Euro sind veranschlagt, Kredite in Höhe von gut 83 000 Euro eingeplant. Zudem entschulde sich die Gemeinde um rund 243 000 Euro.

Investiert wird in die Feuerwehrhäuser Schlierbach (100 000 Euro) und Udenhain (60 000 Euro), die Umstellung auf LED-Beleuchtung (40 000 Euro), Digitalfunk (72 000 Euro) und Fahrzeuge und Geräte für den Bauhof (29 000 Euro).

GNT 13. 2. 2015 S. 28